



Nr. 7

26. Februar 2015

## Inhalt

[Zweite Runde Tarifverhandlungen Landesbeschäftigte -](#)

[Russ: „Wir brauchen reale Einkommenserhöhungen gegen den Nachwuchsmangel“+++](#)

[21. Berliner Anwenderforum E-Government -](#)

[Benra: Verwaltungsbeschäftigte von Anfang an in Veränderungen einbinden+++](#)

[18. Europäischer Polizeikongress in Berlin:](#)

[Lühmann fordert verstärkte Investitionen in Verkehrssicherheit und Infrastruktur+++](#)

[Einkommensrunde 2015: Warnstreiks fortgesetzt+++](#)

[Verhandlungsauftritt im Sozial- und Erziehungsdienst+++](#)

[„Justiztag“ in sieben Städten - Russ: Rechtsstaat braucht motiviertes Personal+++](#)

[dbb begrüßt Durchbruch im Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn+++](#)

[Postpersonalrechtsgesetz: dbb und DPVKOM erreichen](#)

[Verbesserungen+++](#)

[Jobcenter brauchen dringend mehr Personal – Prüfverfahren](#)

[Vier-Augen-Prinzip aussetzen+++](#)

[Entgeltgleichheitsgesetz: Öffentlichen Dienst einbeziehen+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Razzia bei der Commerzbank: DSTG fordert ein eigenes](#)

[Unternehmensstrafrecht+++](#)

[Vorläufig kein Streik bei der Bahn - Verhandlungen werden fortgesetzt+++](#)

[DPhV warnt vor Gebrauch drogenähnlicher „Kräutermischungen“](#)

[durch Jugendliche+++](#)

[VDR fordert Realismus in der Bildungspolitik+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## **Zweite Runde Tarifverhandlungen Landesbeschäftigte - Russ: „Wir brauchen reale Einkommenserhöhungen gegen den Nachwuchsmangel“**

**(dbb) Vor Beginn der zweiten Verhandlungsrunde am 26. Februar 2015 in Potsdam hat der Zweite Vorsitzende und Verhandlungsführer des dbb, Willi Russ, nochmals auf die demografische Dimension der Einkommensrunde für die Landesbeschäftigten hingewiesen. Russ: „Wenn 53 Prozent der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst heute über 45 Jahre alt sind und wir die Geburtenentwicklung in Deutschland berücksichtigen, wird glasklar, vor welcher Herausforderung wir bei der Nachwuchsgewinnung stehen. Deshalb brauchen wir attraktive Einkommen - gerade für Berufseinsteiger - und konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen. Mit unserer Forderung nach 5,5 Prozent mehr, mindestens aber 175 Euro, betreiben wir also ‚aktive Nachwuchsgewinnung‘.“**

Als Rückenwind der Basis für die Potsdamer Verhandlungen bezeichnete der dbb-Verhandlungsführer die vielen Demonstrationen der Landesbeschäftigten in den vergangenen Tagen. Russ: „Bei über 20 Aktionen haben etliche tausend Kolleginnen und Kollegen überall im Land für ihre Einkommensforderun-

gen demonstriert. Da war eine große Entschlossenheit und Erwartungshaltung unserer Mitglieder spürbar.“

Weitere Informationen zur Einkommensrunde gibt es online: [www.dbb.de](http://www.dbb.de)  
(01/07/15)

## **21. Berliner Anwenderforum E-Government - Benra: Verwaltungsbeschäftigte von Anfang an in Veränderungen einbinden**

**(dbb) Eine erfolgreiche Umsetzung digitaler Veränderungsprozesse in der öffentlichen Verwaltung ist nur zu gewährleisten, wenn die Beschäftigten frühzeitig einbezogen werden und die Entwicklung selbst aktiv mitgestalten können. Das hat der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb Hans-Ulrich Benra betont. „Nur Transparenz kann Hemmnisse und Vorbehalte gegenüber neuen Technologien abbauen“, sagte Benra am 25. Februar 2015 auf dem 21. Berliner Anwenderforum E-Government.**

„Wenn E-Government gelingen soll, brauchen die öffentlichen Verwaltungen ihre Beschäftigten auf allen Ebenen motiviert als verantwortliche Treiber und Promotoren.“ Als Ideengeber müssten sie von Anfang an eingebunden werden. „Ignoranz gegenüber den Beschäftigtenbelangen fördert Ablehnung und Misserfolg. Außer Kosten entsteht dann nichts, schon gar keine positive Veränderung und keine zufriedenen Bürger“, so Benra. Der dbb plädiert dafür, dass in den für einen Umsetzungsprozess vorgesehenen Steuerungskreis sowohl die Personalvertretungen eingebunden werden, als auch die gewerkschaftlichen Spitzenvertretungen.

Wie die Wirtschaft unterliege auch die Verwaltung einem ständigen Wandel der Arbeitswelt. Dieser Prozess sei nur von kompetenten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu meistern. „Von den Beschäftigten wird zunehmend mehr Veränderungsbereitschaft

und -fähigkeit erwartet. Wir müssen aber auch der Entwicklung in der Personalwirtschaft als Folge der über 20 Jahre dauernden Haushaltskonsolidierung Rechnung tragen: Aufgabenzuwachs bei gleichzeitigem Rückgang des Personalumfangs. Zudem ist durch Aufgabenzuwachs und schnellere Kommunikationsstrukturen eine Arbeitsverdichtung eingetreten“, gab der dbb Vize zu bedenken. Diese Entwicklung müsse unbedingt in der Personalplanung und -entwicklung berücksichtigt werden. Auch dies gehöre zur Wahrheit in der Diskussion um E-Government-Prozesse in der Verwaltung.

Mit rund 400 Teilnehmern ist das Berliner Anwenderforum (25. - 26. Februar) eine der größten Tagungen bundesweit rund um das Thema E-Government. Experten und erfahrene Praktiker stellen auf dem Treffen Best Practises vor und diskutieren neue Entwicklungen und Trends.  
(02/07/15)

## 18. Europäischer Polizeikongress in Berlin: Lühmann fordert verstärkte Investitionen in Verkehrssicherheit und Infrastruktur

**(dbb) 26.200 Menschen kamen 2013 auf Europas Straßen ums Leben. „Das sind 72 Tote jeden Tag. Auch wenn die Zahl in den vergangenen Jahren deutlich gesunken ist, sie ist immer noch viel zu hoch. Jedes Opfer ist eines zu viel“, so die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann, die am 24. Februar 2015 beim 18. Europäischen Polizeikongress in Berlin für die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) ein Panel zur Verkehrssicherheit leitete. „Die Verkehrsteilnehmenden müssen zu einer größeren Regelkonformität gebracht werden. Es reicht aber nicht aus, auf plötzliche Einsicht zu hoffen. Eine sinnvolle Kombination aus neuer Technik und Einsatzkräften auf den Straßen ist vielversprechender“, erklärte Lühmann, die seit einem Jahr verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion ist.**

Ausdrücklich lobte Lühmann die erklärte Absicht der neuen EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc, Verkehrssicherheit zu einer Top-Priorität zu machen. 'Die Kommission will die Zahl der jährlichen Verkehrstoten von 31.500 im Jahr 2010 auf unter 16.000 bis zum Ende des Jahrzehnts halbieren. „Das wird nur mit einer gemeinsamen europäischen Anstrengung gehen. Die bisherigen Fortschritte sind vielversprechend, doch ein Selbstläufer ist diese Entwicklung nicht“, so Lühmann. Eines der wirksamsten Mittel gegen unverantwortliches Verhalten der Verkehrsteilnehmenden sei noch immer die regelmäßige Kontrolle durch Polizeikräfte vor Ort. „Doch die Krise hat zu Personalabbau in vielen Mitgliedstaaten geführt. Mehr Sicherheit gibt es aber nicht zum Nulltarif.“ Deshalb müsse wieder mehr in den öffentlichen Dienst investiert werden, so die dbb Vize.

„Moderne Verkehrsüberwachung wie etwa die Section Control, der Einsatz von verbesserter

Technik in Fahrzeugen und verbesserte Kontrollinstrumente für die Verkehrspolizei - es gibt viele erfolgsversprechende technische Neuerungen. Diese treffen allerdings häufig noch auf Hürden in der bisherigen Gesetzeslage, weil entsprechende Anwendungen bis vor kurzem nicht denkbar und somit auch nicht vorgesehen waren“, sagte Lühmann. Hier sei künftig größere Flexibilität geboten. Zudem seien auch mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur dringend notwendig. „In einigen Ländern wird zu wenig in Straßen, Brücken und insgesamt in den Erhalt von Verkehrswegen investiert.“ Deutschland habe in den vergangenen Monaten erste wichtige Schritte gegen den Investitionsstau gemacht, müsse diesen Weg aber weitergehen. „Wenn nicht schnell gehandelt wird, könnten neue Gefahren für Verkehrsteilnehmende entstehen“, warnte Lühmann.

(03/07/15)

## Einkommensrunde 2015: Warnstreiks fortgesetzt

**(dbb) Am 25. Februar 2015 kam es in mehreren Bundesländern erneut zu ganztägigen Warnstreiks im öffentlichen Dienst. In Berlin und Erfurt fanden Demonstrationen statt, in Sachsen waren Schulen in mehreren Städten betroffen. Im niedersächsischen Vechta und im nordrhein-westfälischen Hagen gab es Kundgebungen vor den dortigen Finanzämtern. Die Beschäftigten fordern ein Einkommensplus von 5,5 Prozent, mindestens aber 175 Euro.**

An der Demonstration in Berlin nahmen vor allem Beschäftigte aus dem Bereich des Straßenbetriebsdienstes teil. Siegfried Damm, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission, sagte dort: „Wenn die Länder

guten Nachwuchs wollen, müssen sie auch gutes Geld und konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen bieten. Außerdem brauchen wir Übernahmegarantien für die jungen Leute, sonst steht der öffentliche Dienst als Verlierer

im Wettbewerb um die besten Köpfe bereits fest.“ Damm, der zugleich Bundesvorsitzender der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten (VDStra.) ist, betonte zudem: „Arbeitsverdichtung durch Personalabbau, Investitionsrückgang, Dienst zu ungünstigen Zeiten und fehlender Gesundheitsschutz sind die Früchte der Sparpolitik auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen im Straßenbetriebsdienst.“

Gute berufliche Perspektiven für die Jugend forderte auch Helmut Liebermann, Vorsitzender des tbb beamtenbund und tarifunion Thüringen, in Erfurt: „Die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen bedeutet auch, die Nachwuchsproblematik im öffentlichen Dienst in den Griff zu bekommen.“ Die Einkommensrunde sei die erste Herausforderung für die neue rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen, die „beweisen muss, dass sie die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die unser

Land 24 Stunden täglich am Laufen halten, angemessen an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligen will“.

Bei den von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) organisierten Kundgebungen vor den Finanzämtern in Vechta und Hagen stellten die Redner die Bedeutung der Tarifverhandlungen auch für die Beamtinnen und Beamten heraus: „Das Tarifergebnis muss zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen übertragen werden“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission Karl-Heinz Leverkus in Vechta. „Die Beamtenbesoldung ist in Deutschland längst zu einem Flickenteppich verkommen. Das muss ein Ende haben. Die Länder wären gut beraten, ihre Sparpolitik auf Kosten der Beschäftigten zu beenden.“  
(04/07/15)

## Verhandlungsaufakt im Sozial- und Erziehungsdienst

**(dbb) Am 25. Februar 2015 beginnen in Hannover die Tarifverhandlungen über bessere Beschäftigungsbedingungen im Sozial- und Erziehungsdienst. „Die Bezahlung für die Beschäftigten muss sich grundlegend verbessern“, sagte dbb-Verhandlungsführer Andreas Hemsing im Vorfeld. „Dabei geht es grundsätzlich um eine höhere Eingruppierung, um die Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst – auch im Hinblick auf die Nachwuchsgewinnung – attraktiver zu machen.“**

Ebenso wichtig sei die Überarbeitung der sogenannten Tätigkeitsmerkmale. Diese stellen die Anforderungen dar, die zur Eingruppierung in eine bestimmte Entgeltgruppe führen. „Die Berufsbilder wandeln sich ständig, darauf gilt es zu reagieren“, sagte Hemsing. „Neben der notwendigen Modernisierung soll durch die Überarbeitung der Tätigkeitsmerkmale aber ebenfalls eine bessere Wertschätzung der Leistung der Kolleginnen und Kollegen erreicht werden. Zum Beispiel, in dem Zusatzqualifikationen sich stärker auf die Bezahlung auswirken.“ Auch einschlägige Berufserfahrung solle umfangreicher als bisher anerkannt werden.

„Die Anforderungen in den Bereichen der Sozialen Arbeit und der Erziehung, beispielsweise

durch Inklusion oder Integration, steigen ständig. Die Leistungen der Beschäftigten werden durch die Gesellschaft in der Regel auch hoch angesehen. Mit einem Schulterklopfen ist es aber nicht getan, davon kann man weder seine Miete noch die Rechnung im Supermarkt bezahlen. Die Anerkennung muss sich endlich auch in der Bezahlung widerspiegeln“, machte Hemsing deutlich. „Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch, jetzt ist die Arbeitgeberseite gefordert.“

Mehr Informationen unter: [www.dbb.de/sozial-und-erziehungsdienst](http://www.dbb.de/sozial-und-erziehungsdienst)  
(05/07/15)

## „Justiztag“ in sieben Städten - Russ: Rechtsstaat braucht motiviertes Personal

**(dbb) Kurz vor der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder haben Beschäftigte aus dem Justizbereich am 24. Februar 2015 bundesweit klar-**

**gemacht, dass sie geschlossen hinter den Forderungen des dbb beamtenbund und tarifunion für diese Einkommensrunde stehen: 5,5 Prozent Einkommensplus, mindestens aber 175 Euro, 100 Euro Entgelt mehr für Auszubildende sowie deren dauerhafte Übernahme.**

Im Rahmen eines „Justiztages“ hatten der dbb und die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) zu Aktionen in sieben deutschen Städten aufgerufen. Hunderte Kolleginnen und Kollegen traten in den Warnstreik und machten in „bewegten Mittagspausen“ in Potsdam, Braunschweig, Hannover, Köln, Duisburg, Koblenz und Saarbrücken, oft im direkten Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern, auf die drängenden Probleme in ihrem Arbeitsfeld aufmerksam. Neben Arbeitnehmern kamen auch viele Beamte in ihrer Freizeit zu den Demonstrationen, um das gemeinsame Anliegen zu unterstützen - unter dem Motto: „Wir für mehr“. Einig waren sich alle Beteiligten auch in der Forderung nach einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich.

„Ein funktionierender Rechtsstaat braucht nicht möglichst viele und immer neue Gesetze, er braucht motiviertes Personal in ausreichender Zahl“, sagte der Zweite Vorsitzende und Verhandlungsführer des dbb, Willi Russ, vor Justizbeschäftigten aus Nordrhein-Westfalen auf der Kundgebung in **Köln**. „Aktuell stellt sich die Frage, was uns wichtiger ist: Der Rechtsstaat oder die Schuldenbremse? Unsere Antwort ist eindeutig.“ Ursula Winkelmann, stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes NRW der DJG, verwies auf den aktuellen Handlungsbedarf: „Die Justizverwaltungen stehen kurz vor dem Kollaps. Nur durch den enormen Einsatz unserer Kolleginnen und Kollegen vor Ort ist überhaupt noch ein halbwegs zuverlässiges und schnelles Bearbeiten in Sinne einer bürgernahen Justizverwaltung möglich. Die Beschäftigten gehen hierbei immer öfter über ihre gesundheitlichen Grenzen. Zudem steigt das Durchschnittsalter in den Behörden und neues Personal lässt auf sich warten.“ Der Tarifabschluss müsse eine angemessene Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen beinhalten, „als Signal einer Wertschätzung für unsere Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst“.

In **Potsdam** machten Kolleginnen und Kollegen aus Brandenburg und Berlin auf ihre Probleme aufmerksam: Arbeitsverdichtung, hoher und langer Krankenstand, Personalabbau. Sabine Wenzel, Landesvorsitzende der DJG Brandenburg, sagte: „Befristete Einstellungen brin-

gen nur eine scheinbare und zeitlich sehr begrenzte Entlastung. Was wir brauchen, ist eine unbefristete Übernahme von ausgebildeten Justizfachangestellten.“ Weitere Forderungen: eine verstärkte Ausbildung von Rechtspflegern und Gerichtsvollziehern und deren Übernahme, eine Anhebung der Wertigkeit von Justizwachtmeisterstellen - nach Ausbildung - in den mittleren Dienst.

Niedersächsische Justizbeschäftigte trafen sich in **Braunschweig** und **Hannover**. Auch bei ihren „bewegten Mittagspausen“ standen als Themen die Arbeitsüberlastung infolge von Stellenabbau und Probleme bei der Nachwuchsgewinnung im Mittelpunkt. Eine angemessene Bezahlung, sagte der Vorsitzende der DJG Niedersachsen, Wolfgang Schmidt, könne hier Abhilfe schaffen und würde von den Kolleginnen und Kollegen auch als Zeichen der Wertschätzung ihrer verantwortungsvollen Arbeit erwartet.

„Gerade im Justizdienst, wo viele von uns in den unteren Einkommensgruppen oder im einfachen Dienst sind, ist vor allem der Mindestbetrag wichtig“, sagte der Klaus Plattes, Landesvorsitzender der DJG Nordrhein-Westfalen, in **Duisburg**. Zudem müsse der Justizdienst attraktiver für Berufsanfänger werden. „Das ist nur möglich, wenn sich die Länder wie gute Arbeitgeber verhalten, also einen sicheren Job mit guten Karrierechancen bieten. Sonst kommen keine Bewerber und es heißt bald: Der Letzte macht das Licht aus“, mahnte Plattes.

In **Koblenz** verdeutlichte Margot Scherer, stellvertretende Landesvorsitzende der DJG in Rheinland-Pfalz, wie wichtig ein Einkommensplus für die Kolleginnen und Kollegen im Justizbereich ist. „Wir organisieren zu fast 80 Prozent die unteren Einkommensgruppen von E 2 bis E 6 des Tarifvertrages der Länder. Hier geht es um Brutto-Einkommen von 2.330 bis 2.370 Euro.“ Im Beamtenbereich sehe es nicht viel rosiger aus. Zudem seien in den vergangenen Jahren immer mehr Aufgaben an das Personal übertragen, zugleich aber mehr und mehr Stellen abgebaut worden. Das passe nicht zusammen. „Wenn der öffentliche Dienst auch künftig qualifiziertes Personal gewinnen

und binden will, muss sich das auch in einer leistungsgerechten Bezahlung widerspiegeln.“

Auf den schon jetzt „akuten Personalmangel“ in der saarländischen Justiz wies der Vorsitzende des Landesverbandes Saar der DJG, Rudi Weber, in **Saarbrücken** hin. Größte Probleme verursache die prekäre Haushaltssituation des Landes. Demnach solle im öffentlichen Dienst bis 2020 nur noch etwa jede dritte frei werdende Stelle neu besetzt werden. „Mit noch weniger Personal werden wir eine funktionierende Rechtspflege kaum noch aufrecht erhalten können“, warnte Weber. Hinzu komme als neue Herausforderung die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs. „Dafür wäre in der Einführungsphase auch weit mehr Personal nötig als zur Verfügung steht.“

Hintergrund:

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind insgesamt 2,9 Millionen Beschäftigte betroffen: 800.000 Arbeitnehmer der Länder (ohne Hessen, das nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder - TdL - ist), für die der TV-L direkte Auswirkungen hat, sowie 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen (ohne Hessen), auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Die nächsten Verhandlungsrunden sind für 26./27. Februar und 16./17. März in Potsdam anberaumt.

Mehr Informationen online unter:  
<http://www.dbb.de/einkommensrunde2015>  
(06/07/15)

## dbb begrüßt Durchbruch im Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn

**(dbb) Mit Erleichterung und großer Zufriedenheit hat der dbb die Verständigung zwischen Deutscher Bahn AG und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) zur Struktur künftiger Tarifverträge aufgenommen.**

Am 23. Februar 2015 erklärte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hierzu in Berlin: „Wir sind beiden Tarifparteien dankbar, dass sie damit einen monatelangen Streit über Verfahrensfragen beendet haben und ein für die nächsten Tage drohender Streik abgewendet werden konnte. Jetzt kann endlich mit konstruktiven Verhandlungen über die materiellen Arbeitsbedingungen der GDL-Mitglieder begonnen werden.“

In allerletzter Minute hatten sich Bahnvorstand und GDL-Führung am 22. Februar 2015 in Berlin zusammengesetzt und nach über 15 Stunden Verhandlungen dieses wichtige Zwischenergebnis erzielt. Dauderstädt: „Wir sind stolz, dass dieser Durchbruch auch ohne Schlichtung möglich war. Das beweist einmal mehr, dass die Sozialpartner auch in schwierigen Lagen aus eigener Kraft Lösungen finden können.“  
(07/07/15)

## Postpersonalrechtsgesetz: dbb und DPVKOM erreichen Verbesserungen

**(dbb) Bei der Anhörung zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Weiterentwicklung des Personalrechts der Beamtinnen und Beamten der früheren Deutschen Bundespost (PostPersVG), die am 23. Februar 2015 im Bundestagshaushaltsausschuss in Berlin stattgefunden hat, konnten der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Hans-Ulrich Benra und der Bundesvorsitzende der DPVKOM, Volker Geyer, noch eine Reihe von Verbesserungen erreichen. Sie betreffen den unterwertigen Einsatz und die Zuweisung für die betroffenen Beamtinnen und Beamten der Postnachfolgeunternehmen (PNU).**

„Anders als in der ersten Fassung des Gesetzesentwurfs sind Zuweisungen nicht mehr unbefristet möglich, Widerspruch und Anfechtungsklage haben wieder aufschiebende Wirkung. Ein unterwertiger Einsatz von Beamten ohne deren Zustimmung ist nunmehr an eine klare

zeitliche Begrenzung gebunden“, erklärte dbb Vize Hans-Ulrich Benra. Kernproblem bleibe aber die künftig kaum noch eingrenzbar Ausweitung der Dienstherrenbefugnisse durch die deutliche Erweiterung der Beileihungsmöglichkeiten über die im Postumwandlungsgesetz

genannten drei Aktiengesellschaften Deutsche Post, Deutsche Postbank und Deutsche Telekom hinaus, die im Wege einer reinen Verordnungsermächtigung erfolgen soll.

DPVKOM-Chef Volker Geyer kritisierte in diesem Zusammenhang erneut die geplante Übertragung von Dienstherreneigenschaften auf andere Unternehmen als Post, Postbank und Telekom. Eine Übertragung von Dienstherrenbefugnissen auf x-beliebige Unternehmen könne auf keinen Fall im Wege einer einfachgesetzlichen Rechtsverordnung erfolgen. „Artikel 143b des Grundgesetzes beinhaltet, dass der Bund seine Dienstherreneigenschaft nur an die drei Nachfolgeunternehmen Post, Postbank und Telekom verleihen kann. Diese Festlegung muss erhalten bleiben“, forderte der DPVKOM-Bundesvorsitzende. „Für mich ist es nur schwer vorstellbar, dass ein etwaiges Nachfolgeunternehmen von Post, Postbank oder Telekom die Übernahme der Beamten rechtssicher umsetzen kann.“

Benra und Geyer kritisierten zudem, dass eine letztlich grenzenlose Beleihungsmöglichkeit mit der Sondernorm im Grundgesetz, Art. 143 b,

nicht vereinbar sei. Die Vorschrift sei 1994 im Zuge der Postreform II in das Grundgesetz aufgenommen worden. Damals sei unstrittig gewesen, dass die personalrechtliche Verantwortung des Bundes bei einem Übergang von einer hoheitlichen Stelle zu einem privaten Unternehmen gesichert werden müsse. Aber auch losgelöst von den Verfassungsvorbehalten bedeute der Gesetzentwurf einen „Dammbruch“ hinsichtlich der dienstrechtlichen Zuordnung der Beamtinnen und Beamten der Postnachfolgeunternehmen: „Hierdurch wird der Weg für weitere Ausgliederungen geebnet“, so Benra.

Bei den PNU der Deutschen Bundespost sind derzeit noch rund 100.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte beschäftigt. Der Bund trägt für sie als Dienstherr die Verantwortung. Die eigentliche Weiterbeschäftigungs- und Kostentragungspflicht obliegt dagegen den Postnachfolgeunternehmen, die im Wege der Beleihung ermächtigt sind, die Rechte und Pflichten des Dienstherrn Bund gegenüber den bei ihnen beschäftigten Beamtinnen und Beamten wahrzunehmen.

(08/07/15)

## Jobcenter brauchen dringend mehr Personal – Prüfverfahren Vier-Augen-Prinzip aussetzen

**(dbb) Die Jobcenter brauchen dringend mehr Personal, damit Leistungsempfänger nicht noch länger als ohnehin schon auf ihre Bewilligungs- und Änderungsbescheide warten müssen. Das hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 20. Februar 2015 in einem Brief an Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles gefordert.**

Hintergrund ist die Anweisung der Bundesagentur für Arbeit, mit Jahresbeginn 2015 anstelle der bisherigen Stichproben für alle kassenwirksamen Entscheidungen im Leistungsbereich der Jobcenter das Vier-Augen-Prinzip einzuführen. „Das betrifft nicht nur die erstmalige Feststellung oder die Weiterbewilligung von Leistungen, sondern nahezu alle Vorgänge, die in den IT-Verfahren im Leistungsbereich bearbeitet werden“, heißt es in dem Schreiben des dbb Chefs. Zwar sei das Vier-Augen-Prinzip nicht generell zu beanstanden, die Umsetzung der Kontrollen sei aber in der gegenwärtigen Aufgaben- und Personalsituation der Jobcenter nicht zu bewältigen.

Dauderstädt verweist darauf, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter sich mitten in der Umstellung auf das neue IT-

Verfahren „ALLEGRO“ befinden. Dafür müssen bis 30. Juni dieses Jahres - zusätzlich zum regulären Geschäftsbetrieb - alle Datenbestände zur Leistungsgewährung übertragen werden, was nur von Hand, aber nicht automatisiert möglich ist. „Als Folge der Umstellung müssen die Leistungsempfänger längere Zeit auf ihre Bewilligungs- und Änderungsbescheide warten. Bereits diese Situation ist für alle Beteiligten unzumutbar“, stellt der dbb Chef fest. „Wenn jetzt noch die zusätzliche Prüfungspflicht in Form des Vier-Augen-Prinzips hinzukommt, wird die ohnehin angespannte Situation in unerträglicher Weise verschärft.“ Als zusätzliche Personalkapazitäten würden die vom Bundesarbeitsministerium angekündigten 400 befristeten Stellen nicht ausreichen, so Dauderstädt. Das Ministerium selbst sei von einem zusätzlichen Bedarf von 380 bis 580

Stellen für die erweiterten Kontrollpflichten ausgegangen. Außerdem müssten die neuen Kräfte zunächst akquiriert und eingearbeitet werden.

Der dbb erwarte daher, „dass das Prüfverfahren zumindest so lange ausgesetzt wird, bis

die ALLEGRO-Umstellung vollständig und erfolgreich vollzogen ist. Alternativ muss das notwendige zusätzliche Personal - und zwar dauerhaft - zur Verfügung gestellt werden.“  
(09/07/15)

## Entgeltgleichheitsgesetz: Öffentlichen Dienst einbeziehen

**(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat am 19. Februar 2015 in Berlin gegenüber Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig kritisiert, dass beim geplanten Entgeltgleichheitsgesetz der öffentliche Dienst nicht mit einbezogen werden soll. Zwar sei die Bezahlung dort grundsätzlich identisch. „Ungleiche Bezahlung gibt es aber trotzdem, etwa durch die unterschiedliche Bewertung von ‚klassischen‘ Frauen- oder Männerberufsbildern und wegen familiärer Aufgaben unterbrochenen Karrierewegen“, sagte der dbb Chef. Hier gebe es Korrekturbedarf, zum Beispiel durch bessere Regelungen, um Führungspositionen in Teilzeit auszuüben, und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**

Hintergrund des Gesetzes ist die Verabredung der Großen Koalition, Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen abzubauen. Dabei sollen Berufsfelder, Fähigkeiten, Kompetenzen und Erfahrungen gemeinsam mit den Tarifpartnern neu bewertet werden. Konkret ist beabsichtigt, einen individuellen Auskunftsanspruch für jeden Beschäftigten zu etablieren

und Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten zu verpflichten, in ihren Lageberichten Aussagen zur Lohnstruktur und zur geschlechtsbezogenen Verteilung der Arbeitsplätze zu treffen. Mit einem Referentenentwurf ist dem Vernehmen nach bis zur Sommerpause zu rechnen.  
(10/07/15)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

### Razzia bei der Commerzbank: DSTG fordert ein eigenes Unternehmensstrafrecht

**(dbb) „Jetzt ist Zeit, endlich Nägel mit Köpfen zu machen.“ Mit diesen Worten reagierte der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler am 25. Februar 2015 auf Medienberichte über eine bundesweite Razzia in der Commerzbank, an der über 150 Staatsanwälte, Steuerfahnder und Kriminalbeamte beteiligt gewesen seien. Der Vorwurf der Strafverfolgungsbehörden: Steuerhinterziehung, Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Verdacht auf Geldwäsche.**

Eigenthaler forderte angesichts der neuerlichen schweren Vorwürfe, in Deutschland endlich ein spezielles Unternehmensstrafrecht für den Bereich der Wirtschaftskriminalität zu schaffen. Bei der derzeitigen Gesetzeslage sei es unheimlich schwer, die Verantwortlichen in den Chef-Etagen strafrechtlich zu belangen, obwohl sie letztlich die Verantwortung für dubiose Geschäftsmodelle und zweifelhafte Praktiken tragen.

Zwar werde durch die deutschen Strafverfolgungsbehörden regelmäßig geprüft, ob es zu Beihilfehandlungen von Bankmitarbeitern gekommen ist. Dies sei jedoch extrem mühevoll und oft nur sehr schwer nachzuweisen, weil oft Beweismittel verschwunden sind. Eigenthaler: „Die dubiosen Geschäftsmodelle für Steuerhinterziehung und Geldwäsche müssen dort verfolgt werden, wo sie geplant und verantwortet werden: in den Leitungs- und Chefetagen.“



Angesichts des Ausmaßes von Beihilfe zur Steuerkriminalität durch bestimmte Bankhäuser sei es nun Zeit, die Voraussetzungen für ein Unternehmensstrafrecht zu schaffen, das die strafrechtliche Verantwortung des Führungspersonals für solch

milliardenschweres Unrecht gegenüber dem deutschen Fiskus berücksichtigt. Der Öffentlichkeit, vor allem den vielen ehrlichen Steuerzahlern, fehle inzwischen jegliches Verständnis für die staatliche Milde gegenüber den Eliten der Bankwirtschaft.  
(11/07/15)

## Vorläufig kein Streik bei der Bahn - Verhandlungen werden fortgesetzt

**(dbb) Trotz der gescheiterten Tarifverhandlungen fanden am 22. und 23. Februar 2015 in Berlin intensive Spitzengespräche zwischen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der Deutschen Bahn statt. Im Ergebnis unterzeichneten beide Seiten ein Verhandlungsprotokoll, in dem die Eckpunkte der neuen Tarifstruktur geregelt sind.**

Damit beginnen nunmehr am 26. Februar 2015 die Tarifverhandlungen über die materiellen Inhalte für die Berufsgruppen Lokomotivführer, Lokrangierführer, Zugbegleiter, Bordgastronomen, Disponenten und Trainer.

„Es ist gut, dass die Hängepartie für Bahnreisende und Mitarbeiter des DB-Konzerns vorläufig beendet ist“, stellte der Bundesvorsitzende der GDL und dbb Vize Claus Weselsky fest. „Doch es hätte gar nicht so weit kommen müssen, wenn die DB von Anfang an ernsthaft an der Umsetzung ihrer Zusagen

vom 17. Dezember 2014 mit der GDL verhandelt hätte. Mit dem Verhandlungsprotokoll und den Tarifvertragsentwürfen der GDL vom 9. Februar 2015 ist nun endlich eine arbeitsfähige Grundlage für die materiellen Verhandlungen geschaffen“, so Weselsky weiter. Die Gremien der GDL hatten am 18. Februar 2015 mit ihrem einstimmigen Beschluss für weitere Arbeitskämpfe deutlich gemacht, dass sie nicht bereit sind, eine weitere Verzögerung der Verhandlungen in Kauf zu nehmen.  
(12/07/15)

## DPhV warnt vor Gebrauch drogenähnlicher „Kräutermischungen“ durch Jugendliche

**(dbb) Vor dem bei Schülerinnen und Schülern immer beliebter werdenden Konsum von drogenähnlichen „Kräutermischungen“ hat der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, am 20. Februar 2015 gewarnt. Gerade im vergangenen Jahr hätten sich die Vorfälle dramatisch gehäuft, bei denen Jugendliche nach dem Konsum solcher sogenannter „Legal highs“ (also legal zu erwerbender Rauschmittel) in Krankenhäuser eingeliefert werden mussten. Symptome seien dabei oft paranoide Angstzustände, depressive Verstimmungen, Wahnvorstellungen, Kreislauf- und Gleichgewichtsprobleme und Atemwegstörungen. Sogar zu einer Reihe von Todesfällen unter Jugendlichen sei es im Jahre 2014 gekommen.**

Besonders in der Altersgruppe der 13- bis 16-Jährigen, so Meidinger, seien solche „Kräutermischungen“ beliebt, die zu günstigen Preisen (zehn Euro pro Gramm) weitgehend problemlos auch über das Internet erworben werden können - unter harmlos klingenden Namen wie „Bonzai Winter Boost“, „Maya beyond“, „Jamaica Gold“ oder „Scooby Snax Hydro“.

„Vielen Jugendlichen, aber auch deren Eltern, ist nicht bewusst, dass es sich bei den ‚Kräu-

termischungen‘ um Produkte handelt, die oft gefährlicher und gesundheitsschädlicher sind als so manche illegale Droge. Kein Mensch kann sagen, welche Inhaltsstoffe jeweils enthalten sind“, so Meidinger. Die Angaben auf den Herstellerpackungen seien in der Regel falsch und unglaubwürdig.

Die Hersteller von „Kräutermischungen“, im Internet übrigens oft auch als „Badesalz“, „Lufterfrischer“ oder „Pflanzendünger“ verschleierte Produkte, nutzen nach Angaben des

Philologenverbandes eine in Deutschland bestehende Gesetzeslücke. Laut Urteil des Bundesgerichtshofes vom September 2014 fallen Kräutermischungen nicht mehr unter das Arzneimittelgesetz, das bis dahin das Verbot dieser Produkte ermöglichte. Das deutsche Betäubungsmittelgesetz bietet auch keine Handhabe, da es nur vorher exakt definierte synthetische Cannabinoide verbietet und die Hersteller der „Legal highs“ durch die Änderung der Molekülstruktur nach dem Verbot eines neu entdeckten Cannabinoids ständig neue „legale“ Produkte auf den Markt werfen.

Meidinger zeigte sich enttäuscht vom deutschen Gesetzgeber, dessen Versagen dazu geführt habe, dass sich der Konsum gefährlicher Produkte in Schülerkreisen in den zurückliegenden Monaten so dramatisch ausgeweitet habe. Er forderte die Bundesregierung auf, möglichst schnell eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes vorzulegen, die es - ähnlich wie in Österreich und der Schweiz - erlaube, ganze Wirkstoffgruppen zu verbieten.  
(13/07/15)

## VDR fordert Realismus in der Bildungspolitik

**(dbb) Bildungsangebote müssen differenziert sein und sich an den Bedürfnissen der Kinder orientieren. Dafür hat der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, am 23. Februar 2015 vor Eröffnung der Bildungsmesse „didacta“ in Hannover plädiert. „Nur mit Realismus in der Bildungspolitik können Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden“, sagte Böhm.**

„Moderne Bildung bedeutet heute, unsere Kinder und Jugendlichen auf die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Dabei hilft es nicht, höchste formale Schulabschlüsse mit dem Füllhorn auszuschütten und die Leistungsanforderungen immer weiter nach unten zu schrauben. Wichtig ist, dass Jugendliche entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit gefördert werden und Übergänge in die berufliche Ausbildung oder an die Hochschulen eröffnet werden, die den jungen Menschen klare Perspektiven bieten“, so Böhm.

Der einzelne Schüler müsse stärker in den Mittelpunkt gerückt werden und Inhalte in den Schulen vermittelt werden, die die Lebenswirklichkeit der jungen Menschen abbilden. Verbraucherbildung, Digitalisierung und der Umgang mit neuen sozialen Netzwerken gehörten ebenso dazu wie Lesen, Schreiben, Rechnen und Werteerziehung.  
(14/07/15)

## Namen und Nachrichten

(dbb) **Hans-Ulrich Benra**, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, hat sich nach einer Fachkonferenz der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) besorgt über dessen mögliche Folgen für den Arbeitsschutz geäußert. „Wir müssen nicht nur sehr darauf achten, dass öffentliche Dienstleistungen tatsächlich von der Anwendung des Abkommens ausgenommen werden. Auch unsere Arbeitsschutzstandards dürfen sich nicht verschlechtern“, sagte Benra am 19. Februar 2015. Gefahrenstoffe würden in den USA und in der EU unterschiedlich klassifiziert, so der dbb Vize. „Viele Arbeitnehmer kommen mit Gefahrenstoffen in Berührung. Das gilt besonders auch

für den öffentlichen Dienst. Unter anderem Feuerwehr, Polizei und Zoll sind da klar betroffen. Wenn bei öffentlichen Ausschreibungen amerikanischen und damit anderen Zulassungsvoraussetzungen unterliegenden Schutz-ausrüstungen der Vorzug gegeben wird, kann das, wenn wir unterschiedliche Systeme vermengen, zu einem Sicherheitsproblem für die Bediensteten auf beiden Seiten des Atlantiks werden“, so Benra.

An einer Protestveranstaltung des gewerkschaftlichen Aktionsbündnisses der Deutschen Welle Bonn gegen die Schließung von zehn Sprachredaktionen am Standort Bonn haben sich am 23. Februar 2015 auch der Bundesvorstand und Mitglieder der VRRF Die Medienge-



werkschaft beteiligt. Die Teilnehmer der Kundgebung vertraten die Auffassung, dass die seit Jahren anhaltende, massive Unterfinanzierung eine große Gefahr für das qualitativ hochwertige Programm und die Arbeitsplätze darstellt. Als gute Nachricht werteten sie die am Vortag von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, zugesagte jährliche Erhöhung des Etats der Deutschen Welle um zwölf Millionen Euro ab 2016. Für den dbb beamtenbund und tarifunion sprach dessen Zweiter Vorsitzender und Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Deutschen Welle, **Willi Russ**. „Ich war immer und bin weiter fest davon überzeugt, dass ein deutscher Auslandsender von der Sprachenvielfalt lebt. Deshalb musste es unter allen Umständen gelingen, die Grundfinanzierung auf neue finanzielle Beine zu stellen. Ein Ausgleich für entstehende Tarifsteigerungen und Sachkostensteigerungen muss in Zukunft in die Grundfinanzierung einfließen. Dafür habe ich mich in der Vergangenheit eingesetzt und werde das auch in Zukunft tun. Dann müssen auch irgendwelche ‚Giftlisten‘ oder ‚Horror kataloge‘ nicht mehr aus der Kiste gezogen werden“.

Auch die **dbb jugend** zeigt bei den Aktionen zur Einkommensrunde 2015 Flagge. So folgten einem Aufruf der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und des dbb zu einer Demo vor dem Finanzamt Siegen am 24. Februar 2015 auch viele Anwärterinnen und Anwärter. „Da unsere Argumente bei den Arbeitgebern leider bisher nicht gehört werden, müssen wir unsere berechtigten Forderungen lautstark auf die Straße bringen“, sagte der Landesjugendleiter der dbb jugend nrw, Jano Hillnhütter, mit Blick auf die verschiedenen Warnstreikaktionen im Land. „Wir können nicht länger akzeptieren, dass trotz landesweiter Rekordsteuereinnahmen im Jahr 2014 wieder kein Geld für die Beschäftigten vorhanden sein soll. Wer einen leistungsstarken und attraktiven öffentlichen Dienst will, der muss die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch vernünftig bezahlen.“

Nach sorgfältiger Beratung hat die **DPVKOM** den § 22 des Manteltarifvertrags – dieser beinhaltet Regelungen zur Arbeitszeit der Postbeschäftigten – fristgerecht zum 31. März 2015 gekündigt und den Arbeitgeber Deutsche Post AG (DPAG) zu Verhandlungen über eine Anschlussvereinbarung aufgefordert. Das teilte die Gewerkschaft am Februar mit. Die Kündigung dieser Bestimmung diene einzig und allein dem Zweck, ab 1. April streikfähig zu sein. Damit signalisiere die DPVKOM Kampfbereitschaft. Hintergrund: Mit der Gründung und Geschäftsaufnahme der 49 DHL Delivery Regionalgesellschaften hat der Arbeitgeber bereits im Vorfeld der Tarifverhandlungen Fakten geschaffen, denn dort gelten, insbesondere für neu einzustellende Mitarbeiter, deutlich schlechtere Arbeits- und Einkommensbedingungen als die in den Haustarifverträgen der DPAG geregelt. Das werde von der DPVKOM nicht hingenommen.

Der Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr e.V. (**VAB**) und der Verband der Soldaten der Bundeswehr e.V. (**VSB**) haben am 24. Februar 2015 einen Kooperationsvertrag abgeschlossen und eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Der VSB war vertreten durch die Bundesvorsitzenden Ulrich Timmermann und Günter Rudkowski, für den VAB unterzeichneten der Bundesvorsitzende **Herbert Schug** und der stellvertretende Bundesvorsitzende Thomas Zeth. Beide Seiten diskutierten während des Treffens auch Themen wie den „Binnenarbeitsmarkt Bundeswehr“. Der „gute und konstruktive Dialog“ beider Verbände soll regelmäßig fortgesetzt werden, teilte der VAB mit. Bereits am 17. Februar hatten sich führende Vertreter des VSB und des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (**VBB**) getroffen und gleichfalls aktuelle Aspekte - Attraktivität der Bundeswehr und Binnenarbeitsmarkt Bundeswehr - diskutiert. Auch diese beiden Verbände wollen ihren Dialog fortführen.  
(15/07/15)